

# Schwund am Netz

**Neue Atommeiler? Die Stromkonzerne winken dankend ab: unrentabel, nicht wettbewerbsfähig.**

**H**ans-Dieter Harig ist ein ehrenwertes Mitglied der Familie der Stromer. Der Chef des hannoverschen Energiekonzerns PreussenElektra kann auf eine solide Hausmacht bauen.

Doch immer mal wieder verblüfft er die anderen Herrscher über Atommeiler und Kohlekraftwerke, die ängstlich jeden politischen Alleingang vermeiden.

Am 11. Juni fand sich eine hochrangige Delegation der Energiebosse im Bonner Umweltministerium bei Angela Merkel (CDU) zum Routinegespräch über Entsorgungsprobleme und Wettbewerbsfragen ein. Den kranken Wirtschaftsminister Günter Rexrodt (FDP) vertrat dessen Staatssekretär Lorenz Schomerus.

Harigs doppelte Botschaft an die Gastgeberin: Die Weiterentwicklung des deutsch-französischen Reaktors ist für die Atommanager Sache des Staates, sie wollen dafür nicht zahlen. Und: Kernenergie hat an Wettbewerbsfähigkeit verloren, an neuen Atommeilern sind die Energieversorgungsunternehmen (EVU) nicht interessiert.

Unvermittelt forderte Harig die Ministerin Merkel auf, die Runde doch einmal zu fragen, ob ein Konzernchef bereit sei, vor dem Jahre 2010 einen Bauantrag für einen neuen, sichereren Nuklearmeiler zu stellen. Ein solcher Reaktortyp wird gerade von Siemens in Zusammenarbeit mit der französischen Staatsfirma Framatome entwickelt.

Der Bayernwerk-Vorsitzende Otto Majewski aus dem Atomland des Edmund



**Strommanager Harig**  
Distanz zur Kernkraft

Stoiber (CSU) blieb stumm, ebenso Roland Farnung, Chef der im rotgrünen Nordrhein-Westfalen ansässigen RWE Energie.

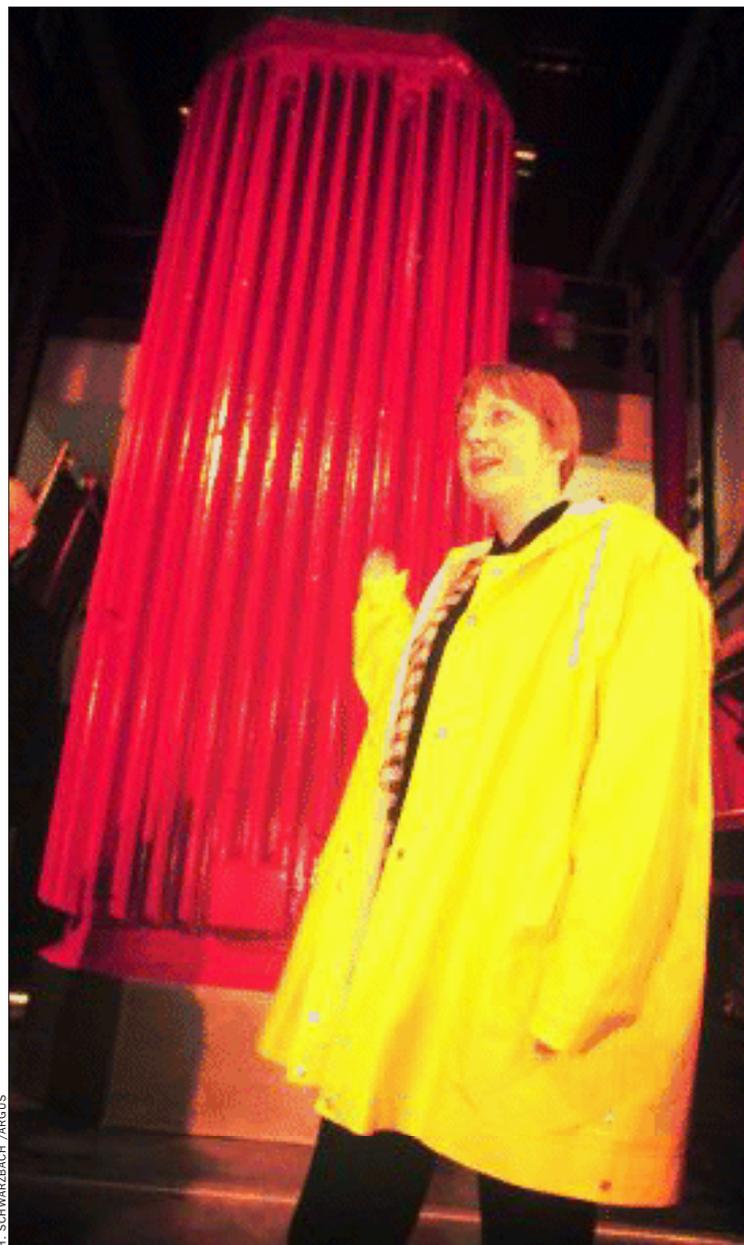
Harig erläuterte die Schweigsamkeit. Bis zum Jahre 2010 sei einfach kein Bedarf. Kein verantwortlicher Vorsitzender könne bis dahin eine Entscheidung über Milliardeninvestitionen in die Kernenergie treffen. Und was in 14 oder 15 Jahren sein werde, ob dann ein Atommeiler oder auch ein Kohle- oder Gaskraftwerk sinnvoll sei – darüber lasse sich heute nur spekulieren.

Das Bekenntnis zum Atomstrom erschien der Ministerin sehr mau. In ihren öffentlichen Auftritten feiern die Manager zwar die Stromproduktion per Kernspaltung nach wie vor als Schlüsseltechnologie des 21. Jahrhunderts. Der Verzicht auf deren sichere Beherrschung, so die einhellige Klage, werde zum schweren Standortnachteil für Deutschland werden.

Intern aber richten sich die Vorstandschefs längst auf eine Zukunft ein, in der die Nuklearenergie an Bedeutung für die Energieversorgung verliert. Die Gründe dafür sind in der Gemeinde der Stromer Allgemeingut: Der immer schon umstrittene Kostenvorteil der riesigen Atomgiganten schmilzt dahin, weil die dezentrale Stromproduktion in kleinen hocheffizienten Gas- oder Kohlekraftwerken billiger geworden ist.

Da endlich auch den bisherigen Monopolen Wettbewerb droht, können sie diese Änderung der betriebswirtschaftlichen Rahmenbedingungen nicht ignorieren. Harig spricht aus, was auch die anderen denken: „Wenn ich heute ein Kraftwerk bauen müßte, würde ich ein Gas- und Dampfturbinen-Kraftwerk bestellen.“

Der Gesinnungswandel hat Folgen auch für den deutsch-französischen Gemeinschaftsmeiler. Wenn die Arbeit am ambitionierten „European Pressurized Reactor“ (EPR) bis 2010 hinausgezögert wird, bleibt der Zukunftsmeiler eine Idee der Ingenieure. Die arbeiten gegenwärtig gemächlich – die Gelder deutscher und französischer Stromfirmen sind karg bemessen – am „basic design“ des angebli-



H. SCHWARZBACH/ARGUS

**Ministerin Merkel\***: Verblüfft über Gesinnungswandel

chen Wunderwerks in der Vor-Vorstufe eines konkreten Genehmigungsverfahrens.

Die EVU-Chefs wissen ebensogut wie Angela Merkel: Wenn sie die Investitionsentscheidung um viele Jahre hinauschieben, ist das Projekt tot. Die Franzosen werden ihre konventionellen Reaktoren weiterbauen. Der aus ihrer Sicht viel zu teure, mit unnötigen Sicherheitsanforderungen aufgepeppt Gemeinschaftsmeiler hätte für sie seinen Sinn verloren, wenn damit nicht bald in Deutschland Reibach zu machen ist. Kein deutsches Unternehmen hätte im Jahre 2010 noch die Ingenieure und das Wissen, ein modernes Kernkraftwerk zu bauen.

Den EVU-Managern, angeblich voll auf die Kernkraft eingeschworen, scheint

\* Vor einem Castor-Behälter im Atom-Zwischenlager Gorleben.

dieser Kompetenzverlust keine schlaflosen Nächte zu bereiten. „Wenn Sie meinen“, warnte Harig die der Atomenergie zugetane Ministerin, „diese Technik für Deutschland retten zu müssen, dann verlassen Sie sich nicht darauf, daß wir bauen.“

Ein volles Engagement für den deutsch-französischen Großmeiler lasse sich unternehmerisch nicht begründen, das sei eine „rein industriepolitische Entscheidung“, dozierte Harig im Umweltministerium. Seine Kollegen und Konkurrenten muckten nicht auf.

„Ich weiß“, nahm Harig Einwände vorweg, „dann steht Siemens bald auf der Matte.“ Doch Technologieerhalt und die Sicherung der Ingenieurkapazität beim Reaktorbauer Siemens seien keine Aufgabe der Stromverkäufer. Wenn der Staat Industriepolitik betreiben wolle, müsse er das auch bezahlen. Harig: „Sehen Sie sich den Transrapid an, da klappt es ja auch.“

Die ironische Frage Angela Merkels, welchen Staatsanteil die EVU sich denn so vorstellten, blieb nicht ohne Antwort. „100 Prozent“, scholl es zurück.

Die Umweltministerin tröstete sich mit dem versöhnlichen Ende der abendlichen Runde. Bis zum Herbst, versprachen die EVU-Bosse zum Schluß, werde man das Problem gemeinsam mit Siemens noch einmal überdenken. Vielleicht könne man ja auch den Russen technische Hilfe beim Bau von Reaktoren anbieten, regte Harig vage an. Das sei für Siemens auch von Nutzen. Bezahlen wollen die EVU aber auch dafür nicht.

Zusätzliche Hoffnung schöpfte Merkel, als ihr am Tag danach vom Bayernwerk übermittelt wurde, sie solle nicht jedes Wort auf die Goldwaage legen. Noch sei nichts wirklich entschieden.

Doch diese Hoffnung trägt, denn Harigs Vorstoß war kein Alleingang. Vor dem Ministerbesuch hatten sich die Stromchefs zu einer Strategiebesprechung versammelt. Im Protokoll dieser Sitzung heißt es: „Im Gespräch mit Frau Merkel sollte deutlich zum Ausdruck gebracht werden, daß eine Investitionszusage zum jetzigen Zeitpunkt nicht vertretbar ist.“ Und: „Es sollte angeboten werden, die Meinungsbildung innerhalb der Kernkraftwerksbetreiber voranzutreiben mit dem Ziel, auf niedrigem finanziellen Niveau einige Jahre zu überwindern.“

Dieses Angebot ist kärglich genug. Die Stromherren erwägen, gerade noch einmal 30 Millionen Mark bereitzu-



Atomkraftwerk Brokdorf: So lange wie möglich nutzen

stellen – bei einer insgesamt erforderlichen Investition von über 10 Milliarden Mark sind das Peanuts. Mit dem Geld soll im Anschluß an die „basic design“-Phase des Gemeinschaftsreaktors ein etwa 18 Monate dauerndes „standortunabhängiges Genehmigungsverfahren“ bezahlt werden. Den Antrag müßte ein Konsortium von mehreren EVU im atomar zuverlässigen, CSU-regierten Bayern stellen.

Einen Einstieg in das anschließende „detailed engineering“, das einen Genehmigungsantrag für einen konkreten Kraftwerksstandort voraussetzt, wollen die EVU aber schon nicht mehr auf sich nehmen. Wie groß ihre Berührungängste mit dem deutsch-französischen EPR sind, demonstriert eine Schönsprech-

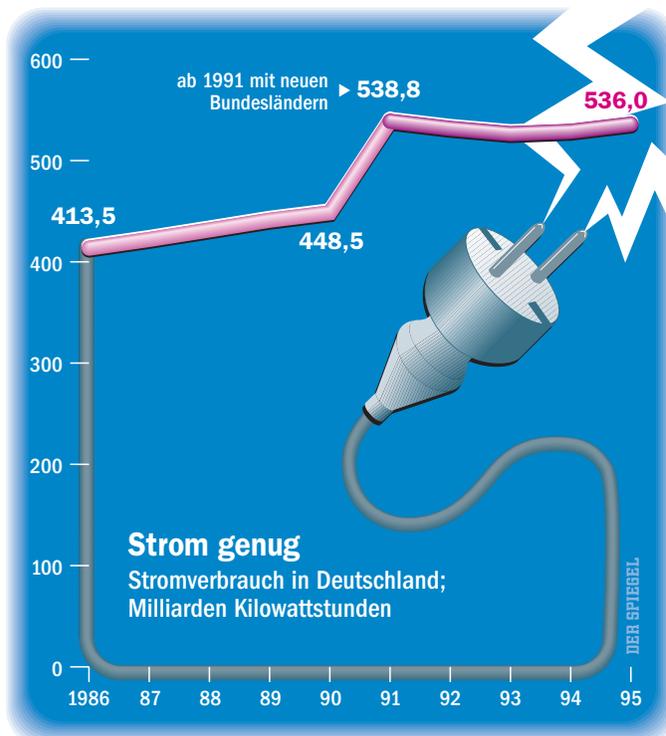
Vereinbarung: Weil der Ausdruck „standortunabhängiges Genehmigungsverfahren“ suggerieren könnte, sie planten tatsächlich einen Reaktorbau, einigten sich die Herren auf eine andere Sprachregelung. Nun heißt es „standortunabhängiger Sicherheitsbericht“.

Die Distanz zur Kernkraft wird auch öffentlich deutlich. Auf der Jahrestagung Kerntechnik in Mannheim verschreckte wiederum Harig die Atomgemeinde mit klaren Worten. Seine Hauptthese: Nach Freigabe des Wettbewerbs in Europa würden Ausländer und Inländer den „etablierten Unternehmen mit modernen Gaskraftwerken über einen günstigen Preis Marktanteile abnehmen“.

Im Klartext: Kernenergie ist auch aus Sicht der EVU keineswegs mehr die kostengünstigste Art, Strom zu produzieren.

Tatsächlich stagniert heute schon der Stromabsatz. Energieintensive Produktionsbetriebe, wie zur Herstellung von Stahl oder Aluminium, haben an Bedeutung verloren und werden im Strukturwandel weiter weichen. Gerade zu deren Belieferung war die kapitalintensive Stromerzeugung durch rund um die Uhr laufende Atommeiler besonders günstig. Müssen Kernkraftwerke aus Mangel an solcher „Grundlast“-Nachfrage je nach Bedarf an- und abgefahren werden, steigt der Strompreis rapide.

Überdies führt der technische Fortschritt zu höheren Wirkungsgraden bei der Ausnutzung des Brennstoffs in den Kraftwerken – ob die nun mit Uran, Kohle oder Gas betrieben werden. Der benötigte Strom kann also mit weniger Kraftwerkskapazität ge-



liefert werden. Der Wirkungsgrad von Steinkohlekraftwerken liegt derzeit bei höchstens 45 Prozent. Gas- und Dampfturbinen-Anlagen (GuD) aber erreichen bereits 55 Prozent, um die Jahrtausendwende werden es 60 Prozent sein.

Außerdem verlieren die EVU ihr Monopol, und die Großkunden lassen sich jetzt nicht mehr die Preise diktieren. Unternehmen wie Kommunen prüfen, wie sie billiger an Energie kommen.

So entschloß sich die BASF, selbst ein GuD-Kraftwerk zu bauen, anstatt Kernstrom von den EVU zu kaufen. Um überhaupt im Geschäft zu bleiben, beteiligte sich RWE daran.

Als Beleg für die Nachteile der Kernenergie auf freien Märkten führte Harig auch an, trotz aller Bemühungen sei es weder in England noch in Ungarn gelungen, Kernkraftwerke zu privatisieren. Die Abschottung des französischen Strommarktes von ausländischen Anbietern hat nach Einschätzung deutscher Manager ebenfalls nur einen Zweck: das massive Investment des Staates in die nicht mehr uneingeschränkt wettbewerbsfähige Kernkraft zu schützen.

In Frankreich produzieren Kernkraftwerke 75 Prozent des Stroms, hierzulande liegt der Atomanteil bei etwa 30 Prozent.

Ziel der deutschen EVU ist es vor allem, die bestehenden, weitgehend abgeschriebenen Kernkraftwerke so lange wie möglich zu nutzen. Kunden, die absprin-

---

## **Atomstromkunden können auf große Rabatte hoffen**

---

gen wollen, werden in Zukunft auf große Preisnachlässe hoffen dürfen. Schließlich sind die Kapitalkosten und die Rückstellungen für Wiederaufarbeitung und Abriß bereits verdient. Die EVU müssen nur noch mehr als die laufenden Betriebsausgaben erwirtschaften – so lange machen sie Gewinne.

Anders stellt sich das Problem dar, wenn ein Kernkraftwerk abgeschaltet und durch ein neues ersetzt werden muß. In Mannheim fragte Harig öffentlich: „Können privatwirtschaftlich geführte EVU in liberalisierten Versorgungsmärkten überhaupt unternehmerisch den Bau neuer Kernkraftwerke verantworten?“

Der PreussenElektra-Chef ersparte sich eine Antwort. Intern richten sich die Konzernleitungen in Nord und Süd aber längst auf einen Bedeutungsschwund der Kernkraft ein. Ein Strommanager: „Wir können uns vorstellen, daß im Jahre 2010 höchstens noch zehn große Grundlastkraftwerke am Netz sind.“

Gemeint sind 10 Kernkraftwerksblöcke. Zur Zeit produzieren noch 20 Strom. □